



Schlusserklärung zum Haushalt 2014

**Klaus Wendroth, Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion,
im Rat am 17. Dezember 2013**

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren!

In diesem Jahr beraten wir im Rat der Stadt Braunschweig bereits den zweiten Haushalt und auch dieser Etatplan, dessen Entwurf uns Finanzdezernent Ulrich Stegemann am 27. September gemeinsam mit Oberbürgermeister Dr. Hoffmann vorgestellt hat, ist ein solider Haushalt mit unzähligen Investitionen in die Zukunft dieser Stadt. Ein Haushaltsentwurf, der in der Tradition der letzten zwölf Jahre nicht nur ausgeglichen ist sondern eine freie Spitze ausweisen kann. Er trägt damit neben der Handschrift des Oberbürgermeisters und unseres Finanzdezernenten auch ganz klar die Prägung der CDU-Ratsfraktion.

Doch ist dieser Haushalt aufgrund seiner Rahmenbedingungen etwas Besonderes: Er ist der letzte Haushaltsentwurf, den Oberbürgermeister Dr. Hoffmann und Finanzdezernent Ulrich

Stegemann gemeinsam federführend aufgestellt haben und verantworten. Wie allgemein bekannt, werden beide im nächsten Jahr aus ihren Ämtern bei der Stadt Braunschweig ausscheiden. Einen neuen Finanzdezernenten haben wir in der heutigen Ratssitzung bereits gewählt, und natürlich ist die Erwartung an Herrn Geiger groß, auch in den folgenden Jahren einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Doch müssen wir als Ratspolitik aufpassen, dass wir ihn mit unseren heutigen Beschlüssen nicht zu stark einengen – bei einigen der vorliegenden Anträge haben wir als CDU Bedenken.

Heute ist mit Sicherheit noch nicht der Tag, an dem die große Abschlussbilanz über die Zeit von Dr. Gert Hoffmann als Braunschweiger Oberbürgermeister gezogen wird. Aber heute ist ein weiterer Tag, an dem der vorliegenden Haushalt in den Kontext der letzten zwölf Jahre gesetzt werden kann und sollte.

Bereits im Februar dieses Jahres habe ich hier an dieser Stelle gestanden, in meiner damaligen Haushaltsrede vor den Unwägbarkeiten der nächsten Jahre gewarnt und gemahnt, vorsichtig mit dem uns von den Braunschweigerinnen und Braunschweigern anvertrauten Geld umzugehen.

Bedauerlicherweise wurden meine Warnungen in vielen Fällen auch in diesen Haushaltsberatungen außer Acht gelassen und leider haben wir innerhalb kürzester Zeit die von mir genannten

Unwägbarkeiten der Kommunal финанzen positiv wie auch negativ zu spüren bekommen.

So gab es bei der Vorstellung des Verwaltungsentwurfs für den Haushalt 2014 die Meldung, dass die Verwaltung kurz zuvor von einer Gewerbesteuernachzahlung für das Jahr 2011 in Höhe von 38 Millionen Euro erfahren habe, welche die Rahmendaten des Haushalts – gerade in puncto Bauvorhaben und Ausbau der Kinderbetreuung – deutlich verbessert hat. Aber ebenso erreichte uns vor den Haushaltsberatungen im Finanz- und Personalausschuss die Nachricht, dass ein großer Gewerbesteuerzahler für die kommenden Jahre jeweils 21 Millionen Euro pro Jahr weniger – das sind immerhin rund 10 % der insgesamt kalkulierten Gewerbesteuerzahlungen – an die Stadt überweist.

Trotz dieser Unwägbarkeiten hat der Ergebnishaushalt für 2014 ein Volumen von über 700 Millionen Euro und damit einen deutlich größeren Umfang als noch in diesem Jahr. Darin enthalten sind nicht nur die laufenden Kosten beispielsweise für die städtischen Mitarbeiter, unsere Liegenschaften und die Sozialausgaben sondern vor allem auch die Ausgaben für den Bereich Kinder, Jugend und Familie, die sich auf einem neuen Allzeithoch befinden. Uns als CDU-Ratsfraktion ist es aber ebenso wichtig, dass wir mit einem Investitionsprogramm von über 100 Millionen Euro weiter genauso in die Zukunft unserer

Stadt investieren, wie wir mit dem konsequenten Schuldenabbau für den finanziellen Spielraum sorgen, der uns diese hohen Investitionen erst ermöglicht.

Denn blicken wir zurück auf das Haushaltsjahr 2001:

Braunschweig stand mit einem Schuldenberg von rund 470 Millionen Euro finanziell vor dem Kollaps und die Stadt war faktisch handlungsunfähig. Nur durch einen Dreiklang aus konsequentem Sparen, entschlossenem Schuldenabbau und klugen Privatisierungen sind wir heute in der Lage, einen ausgeglichenen Haushalt verabschieden zu können.

Gerade in diesem Zusammenhang finde ich es sehr bedenklich, dass an wichtiger Stelle in diesem Hause scheinbar nicht nur versucht wird, die eigene Zustimmung zu den Privatisierungen zu Beginn der Amtszeit von Oberbürgermeister Dr. Hoffmann zu verschleiern sondern sogar den Beschäftigten unseres Städtischen Klinikums und der Nibelungen Wohnbau ohne Not in der Vorweihnachtszeit Angst um ihre Anstellungen gemacht und eine Phantomdebatte herbeigeredet wird. Denn wenn ich richtig lesen kann, haben im Kommunalwahlkampf 2011 alle damals im Rat vertretenen Fraktionen erklärt, dass sie keine weiteren Privatisierungen planen. Und es wäre mir auch neu, wenn die gleichlautende Meinung der Verwaltung sich an dieser Stelle in den letzten Monaten geändert hätte.

Es ist durchaus beachtlich, wie sich der Schuldenstand der Stadt Braunschweig in den letzten Jahren entwickelt hat. Ich sagte es bereits: im Jahr 2001 schlugen rund 470 Millionen Euro zu Buche, zum Ende dieses Jahres werden wir sogar erstmals unter 100 Millionen Euro an Schulden haben und der konsequente Schuldenabbau geht weiter. Die Verwaltung hat im Entwurf bereits eine Schuldentilgung in Höhe von 7,9 Millionen Euro vorgesehen und wenn der Haushalt heute beschlossen wird, wird darin zusätzlich eine von der CDU-Ratsfraktion angestoßene außerordentliche Tilgung mit einem Volumen von rund 8,7 Millionen Euro enthalten sein. An dieser Stelle mal ein persönliches Wort an die Freunde der SPD und besonders ihren Fraktionsvorsitzenden. Lieber Manfred, Du kannst es abschreiben, plagiiieren, kopieren oder abtippen nennen, aber der Vorschlag für eine außerordentliche Schuldentilgung stammt von uns und nicht von Euch. Das wissen die Menschen draußen auf der Straße und das weiß auch die Presse und deshalb ist es schon ein starkes Stück – um dich hier mal zu kopieren – wenn ihr an dieser Stelle versucht, unsere Idee zu übernehmen. Aber natürlich sind wir froh, dass heute eine große Mehrheit des Hauses der außerordentlichen Tilgung zustimmt und damit auf unseren Weg einschwenkt.

Die letzten Jahre waren überaus erfolgreiche Jahre für unsere Stadt Braunschweig. Dies belegen nicht zuletzt die Rankings

der letzten Wochen. Seien es der „Zukunfts-Atlas“ der Prognos AG, das Städteranking 2013 von Wirtschaftswoche, IW Consult und immobilienscout24 oder die Untersuchung von Ernst & Young: überall belegt Braunschweig vorderste Plätze bei der Dynamik, der Wirtschaftsfreundlichkeit, der Wirtschaftsförderung, dem Schuldenabbau und auch der Kinderbetreuungsquote. Diese Entwicklungen kommen natürlich nicht über Nacht und von alleine. Sie sind im Gegenteil hart erarbeitet und Ausdruck einer gestiegenen Schlagkraft Braunschweigs.

Und auch der sprichwörtliche Blick über den Tellerrand bringt uns bei der Frage, wie es um Braunschweig bestellt ist, weiter. Die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* schreibt am 21. August über die Verschuldung der Kommunen: „Die Gesamtverschuldung der deutschen Städte und Gemeinden ist zwischen 2007 und 2011 von 111 auf 130 Milliarden Euro gestiegen.“ Und auch der Deutsche Städtetag hat in der Juni-Ausgabe seines *Städtetag aktuell* beim Blick auf die Überschüsse für die Gesamtheit der Kommunen gemahnt: „Viele Kommunen müssen ihre laufenden Ausgaben weiterhin mit Kassenkrediten finanzieren und so regelmäßig „das Konto überziehen“. 2008 habe die Summe der Kassenkredite schon besorgniserregende 30 Milliarden Euro betragen. „2012 wurde mit fast 48 Milliarden Euro ein neuer Negativrekord bei den kommunalen Kassenkrediten erreicht.“ [...] Die

Haushaltskonsolidierung ist unbedingt notwendig.“ Die Landeshauptstadt Hannover sieht sich – trotz deutlich höherer Gewerbesteuerereinnahmen – derzeit für das Jahr 2015 mit einem Defizit von rund 30 Millionen Euro konfrontiert und muss dieses mit einem Sparpaket eindämmen. Von den vielen überschuldeten Kommunen im Ruhrgebiet, denen das Wasser nicht mehr nur bis zum Hals sondern weit darüber hinaus steht, will ich gar nicht erst sprechen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen, dass Braunschweig im Vergleich zu vielen anderen deutschen Kommunen sehr gut aufgestellt ist und wir einen soliden Haushaltsentwurf vorliegen hatten.

Sorgen bereiten meiner Fraktion und mir jedoch einige Anträge der anderen Fraktionen, die in den Ausschussberatungen beschlossen wurden und als Einzelmaßnahme vielleicht zunächst unbedenklich scheinen, in der Addition aber das Potenzial haben, den Gesamthaushalt ins Wanken zu bringen.

Exemplarisch will ich hier unter anderem die von SPD und Grünen gemeinsam beantragte ungedeckte aber dauerhafte Erhöhung der Zuschüsse für institutionell geförderte Einrichtungen nennen. Wie die Verwaltung ausgeführt hat, wird sich die von den Antragstellern zunächst als einmalig gekennzeichnete Ausweitung des Haushalts im Jahr 2017 auf

die stolze Summe von 667.000 Euro summieren, wenn die im Antragstext genannte jährliche Anpassung beschlossen werden sollte. Natürlich sehen auch wir die Notwendigkeit, dass die von der Stadt Braunschweig geförderten Einrichtungen Planungssicherheit haben, aber es handelt sich hierbei immerhin um freiwillige Leistungen der Stadt und bei unseren Einnahmen – auf die Gewerbesteuer bin ich bereits eingegangen – können wir auch kein festes jährliches Plus einkalkulieren.

Ebenfalls erwähnenswert ist die im Finanzausschuss durchgesetzte Kürzung bei den Mitteln zur Unterstützung von kleineren und mittleren Unternehmen, also dem klassischen Mittelstand, um 60.000 Euro. Die Verwaltung hat uns verständlich dargelegt, wieso das gesamte Geld im nächsten Jahr benötigt wird, aber die Mehrheit hat das scheinbar nicht so gesehen. Allerdings sollte man sich einmal vergegenwärtigen, dass mit diesen Mitteln mittelständische Unternehmen, die Meisten mit zehn bis 20 Beschäftigten, einen Zuschuss für Investitionsmaßnahmen erhalten. Wir halten die Kürzung für ein fatales Zeichen an all diejenigen in der Stadt, die Arbeitsplätze schaffen und auch für das Steueraufkommen in Braunschweig sorgen. So kann man keine vernünftige Beschäftigungspolitik machen!

Natürlich will ich auch noch kurz auf all diejenigen Maßnahmen eingehen, bei denen auf Antrag der SPD eine einmalige Erhöhung des Zuschusses erfolgen soll. Wir sind schon sehr gespannt darauf, wie Sie diesen Zuschussempfängern im nächsten Jahr erklären, dass es sich nur um eine einmalige Aktion gehandelt hat. Aber vermutlich wird es eine dauerhafte Erhöhung durch die Hintertür und wir dürfen gespannt sein, welche Anträge die SPD dann zu den Haushaltsberatungen 2015 stellen wird.

Natürlich sollen unsere Haushaltsanträge hier noch einmal in aller Kürze genannt sein, auch wenn mein Kollege Hennig Brandes vorhin in seinem Redebeitrag bereits ausführlich darauf eingegangen ist. In unseren Beratungen zum Haushalt 2014 haben wir in der Fraktion die Festlegung getroffen, dass wir nur investive Maßnahmen beantragen wollen, die gleichzeitig mit einem Deckungsvorschlag hinterlegt sind. An diese Übereinkunft haben wir uns gehalten und demnach jeweils eine Finanzierung für den Ideenwettbewerb zur Anbindung des Magni-Viertels an die Innenstadt, die Konzepterstellung für den Zentralen Omnibusbahnhof, die Erhöhung der Grünpflegemittel in unseren Neubaugebieten und den Einbau des Fahrstuhls an Stelle der Rolltreppen am Bohlwegtunnel für einen echten Zugang für mobilitätseingeschränkte Personen beigefügt. Dass nun eine Mehrheit des Rates einen Großteil unserer Anträge abgelehnt

hat, bedauern wir sehr, bietet uns aber die Möglichkeit, an vielen verschiedenen Stellen darauf hinzuweisen, dass wir eine finanzierbare Lösung gehabt hätten.

Einen weiteren Beleg dafür, dass wir es mit einem soliden Haushalt zu tun haben, konnten wir, wie bereits eingangs erwähnt, kurz vor den Beratungen im Finanz- und Personalausschuss erleben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachbereichs Finanzen mit dem neuen Fachbereichsleiter Markus Schlimme an der Spitze haben der Politik innerhalb von knapp 24 Stunden in einer Ergänzungsvorlage einen Weg aufgezeigt, wie dieser überaus harte Einschnitt mit einem Wegfall von rund 21 Millionen Euro an Gewerbesteuereinnahmen kompensiert werden kann, ohne dass der Gesamthaushalt in die roten Zahlen rutscht.

Der solide Aufbau unseres Haushaltes darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Gewerbesteuer zwar unsere wichtigste Einnahmequelle aber auch gleichzeitig die unsicherste ist. Es bleibt abzuwarten, ob sich die neue Bundesregierung an eine Reform der Kommunal Finanzen traut. Uns geht es zwar auch um eine weitere Übernahme von kommunalen Kosten durch den Bund, aber vorrangig sollte darauf hingearbeitet werden, dass die Kommunen eine verlässliche Einnahmequelle haben. Unter den derzeit

herrschenden Bedingungen hat die Stadt Braunschweig in den letzten Jahren das Beste daraus gemacht.

Ich danke deshalb den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung sowie in den städtischen Gesellschaften für ihre Arbeit und Ideen bei der Erstellung des Haushaltes. In besonderem Maße danke ich vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachbereiches Finanzen, die nicht nur den Haushaltsentwurf aufgestellt sondern auch innerhalb kürzester Zeit die vorliegenden Anträge aus den Stadtbezirksräten und von den Ratsfraktionen eingearbeitet haben. In diesem Jahr kamen erschwerend die starken Schwankungen durch die Gewerbesteuer hinzu, die ebenfalls schnellstmöglich berücksichtigt worden sind. Ein besonderer Dank geht natürlich an Finanzdezernent Ulrich Stegemann und an Oberbürgermeister Dr. Hoffmann, die beide stets auf einen ausgeglichen Haushalt hingearbeitet und teilweise unter widrigen Umständen an der Zukunft der Stadt Braunschweig gearbeitet haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bereits zu Beginn meiner Schlusserklärung habe ich gesagt, dass der Haushaltsentwurf der Verwaltung eine starke CDU-Handschrift getragen hat. Diese Prägung konnte auch durch die – wie ich eben sehr kritisch geschildert habe – teilweise unverantwortlichen Anträge der anderen Fraktionen nicht so

stark verwässert werden, als dass sie nicht mehr erkennbar wäre. Wir werden dem Haushalt heute deshalb nicht freudestrahlend zustimmen, doch weil wir eigene Akzente in den Beratungen setzen konnten und das Grundgerüst stimmt, haben wir uns nach langen und ausgiebigen Diskussionen in der Fraktion dazu entschlossen, dass die CDU-Ratsfraktion heute diesen Haushalt mitbeschließen wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!